

# Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend  
in den illustrierten Wochenbeilagen  
„Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat:  
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 0,85 M.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Franz Konstantin Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Telephon: Leipzig Nr. 22839

Anzeigen kosten: bis 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf.,  
die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetell 15 Pf.  
Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Aachen.

Nr. 77

Sonnabend, den 25. September 1926.

39. Jahrgang.

## Dr. Strefemann in Berlin.

Empfang beim Reichspräsidenten.  
Reichsaussenminister Dr. Strefemann ist am Donnerstag nachmittag wieder in der Reichshauptstadt eingetroffen. Dr. Strefemann hatte gebeten, von einem offiziellen Empfang am Bahnhof abzusehen, und seinen Wunsch nach Begründung, daß seine deutsche Delegation noch in Genf sei und daß eine zeitliche Verzögerung der ersten deutschen Wählerbunddelegation in der Heimat allen Mitgliedern gelten müßte.

Nach seiner Ankunft in Berlin hat sich Dr. Strefemann zum Reichspräsidenten begibt, dem er einen vorläufigen Bericht über die Delegation nach Genf und die dortige politische Lage mitbrachte. Dr. Strefemann ist in einem großen Kabinetsrat dem Reichskabinett Bericht über die Wählerbunddelegation und die mit ihr verbundenen Fragen erstattet. Es ist damit zu rechnen, daß nach dem Kabinetsrat ein amtliches Kommuniqué über die Stellung des Reichsministers zur Außenpolitik des Außenministers veröffentlicht wird. Das Reichskabinett wird in den nächsten Tagen noch weitere Sitzungen abhalten, um sich mit dem Gesamtplan der Außenpolitik in allen Einzelheiten zu beschäftigen. In die Regierung über die Grundlinien dieser Politik bereits durch den Reichspräsidenten im vorigen August unterrichtet worden ist, kann man auf Grund des in vollständigen Kreisen vorherrschenden allgemeinen Einverständnisses, daß die Reichsregierung sich dem Standpunkt des Außenministers in allen Punkten angeschlossen und den Außenminister beauftragt wird, die eingeleiteten Verhandlungen über die deutsch-französischen Beziehungen baldmöglichst fortzusetzen.

Die weiteren Schritte in dieser Frage könnten allerdings erst Anfang Oktober unternommen werden, da der Reichsaussenminister in der zweiten Hälfte der nächsten Woche an dem bevorstehenden Pariser Kongress teilnehmen wird. Anfang der nächsten Woche dürfte auch die Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin berufen werden, um sie über den Stand der gegenwärtigen außenpolitischen Lage zu unterrichten.

## Abstimmungskongress September 1927?

Eine bessere Atmosphäre in Europa.  
Die Wählerbundernennung hielt eine Resolution ab, in der in erster Linie die Frage der Einberufung der internationalen Abstimmungskongress besprochen wurde. Der französische Delegierte Paul-Boncour legte eine Entschließung vor, welche fordert, daß die Abstimmungskongress außer im Falle materieller Unmöglichkeit vor September 1927, also vor der 8. ordentlichen Wählerbundernennung, einberufen werden. Paul-Boncour erinnert an alle Bemühungen des Wählerbundes, die Vorbereitungen für eine allgemeine Verminderung der Abgaben zu schaffen. Diese Bemühungen müßten unermüßlich fortgesetzt werden. Das Wortommen von Carra habe den Weg dazu geebnet und eine neue bessere Atmosphäre in Europa geschaffen. Die vorbereitende Kommission habe zusammen mit der technischen Unterkommission bereits wertvolle Vorarbeiten geleistet, so daß die Einberufung der Kongress vor der nächsten Wählerbundernennung möglich erscheint und tatsächlich auch vorgenommen werden sollte.

Nach kurzen Ausführungen des rumänischen Vertreters wurden die Berichte und Resolutionen von der Versammlung angenommen, die im wesentlichen folgenden Inhalt haben: Die Wählerbundernennung hofft, daß die Abstimmungskongress zusammenzutreten wird, sobald die politischen Umstände das gestatten. Das Datum ist von dem Wählerbund festzusetzen. Die Frage der Abstimmung kann aber nicht auf einmal gelöst werden. Bei fortwährendem allgemeiner Einverständnis muß auch die Abstimmung fortgesetzt werden. Es kann sich bewegen nicht um eine einzelne Abstimmungskongress handeln, sondern dieser müssen weitere folgen. Die Aufgabe der ersten Kongress ist vor allem, für eine bestimmte Zeitperiode die weiteren Verhandlungen zu vorbereiten. Unter diesen Umständen soll die erste Abstimmungskongress nach Möglichkeit vor der Herbsttagung des Wählerbundes im Jahre 1927 zusammenkommen, falls dies nicht aus technischen Gründen unmöglich ist.

## Ankauf der Anleiheabstundungsschuld.

Vom 4. Oktober ab.  
Der Reichsfinanzminister wird aufreufend einem Wunsch des Haushaltsausschusses des Reichstages in den nächsten Tagen eine Bekanntmachung über den Ankauf von Anleiheabstundungsschuld und Auslosungsrechte betagter Zinsen erlassen. Im Inland wohnende deutsche Staatsangehörige, die über als 65 Jahre sind, ein Vermögen von weniger als 20 000 Mark haben und im Kalenderjahr 1925 ein Einkommen von weniger als 3000 Mark hatten, können die Abstundungsschuld und die Auslosungsrechte, die sie als Inhaber von Anleiheanleihen des Reiches angeeignet bekommen haben, bei den Finanzämtern verkaufen. Der Verkaufspreis beträgt 40 Mark für je 1250 Mark Nennbetrag der Anleiheabstundungsschuld ein Jahr, der Auslosungsrechte und hiermit über den Verkauf, die

zurzeit im freien Verkehr der Börse für die Auslosungsrechte genannt werden. Er entspricht einem Satze von 8 % des Nennbetrages der alten Anleiheanleihen, für die die Auslosungsrechte ausgegeben werden. Der Höchstnennbetrag der Auslosungsrechte, den ein einzelner Käufer zu diesem Kurse an das Reich verkaufen kann, ist 500 Mark; dies entspricht 20 000 Mark Nennbetrag der alten Anleihen. Der Ankauf wird vom 4. Oktober d. J. an durch die Finanzämter vorgenommen. Die Anleiheabstundung, die über Anleiheabstundungsschuld und ihre Auslosungsrechte verfügen wollen, müssen sich zunächst bei der Polizeibehörde eine Bescheinigung über ihr Alter, ihre Staatsangehörigkeit und ihren inländischen Wohnsitz beschaffen. Auf Grund einer solchen Bescheinigung können sie den Verkaufsvertrag bei dem Finanzamt, das für ihre Einkommensverhältnisse zuständig ist, schließen.

Der Verkauf der Anleiheabstundungsschuld und der Auslosungsrechte empfiehlt sich vor allem für die Personen, die ein Einkommen von mehr als 300 Mark haben. Für die übrigen dürfte es zweckmäßiger sein, die Abstundungsschuld und die Auslosungsrechte zu behalten, weil sie im Falle der Notwendigkeit im Falle des Anleiheabstundungsschulden ein Recht auf eine laufende Verzugsrente haben, deren Betrag für sie vorzuziehlicher ist als der Verkauf.

## Ende der Diktatur in Spanien?

Der Konflikt mit den Artillerieoffizieren.  
Die „Chicago Tribune“ meldet aus Madrid, daß in den letzten Tagen ein großer Fortschritt bezüglich der Bildung einer neuen spanischen Regierung und einer Neuorientierung der spanischen Außenpolitik gemacht sei. Spanien würde bald seinen alten Platz unter den Nationen wieder einnehmen. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und dem König in San Sebastian sind in aller Eile vor sich gegangen und General Primo de Rivera ist plötzlich wieder nach Madrid zurückgekehrt. Aus verschiedenen Gründen sei anzunehmen, daß sich eine diktatorische Regierung bilden wird, die nach der Wiederherstellung der Verfassung die Regierung übernehmen wird. Die Angabe, daß der König eine Unterredung mit dem früheren Minister Sanchez Guerra hatte, dem einzigen Mann, der es gewagt hat, in seiner Opposition gegen den Diktator zu bestehen, sei begründet. Man wisse zwar nicht genau, was in dieser Unterredung gesprochen worden ist, aber es sei wahrscheinlich, daß der König den früheren Minister um seine Mitarbeit ersucht hat.

Der „Main“ erfährt aus Hendabe, daß der Konflikt zwischen der spanischen Regierung und den Artillerieoffizieren ein Ende genommen sei. Die Regierung möchte die Offiziere, die nicht aktiv an der Aufstandsbewegung teilgenommen haben, in ihrem Offiziersgrad beibehalten, doch seien diese durch einen Eid mit ihren verstorbenen Kameraden fortwährend verbunden. Eine allgemeine Amnestie würde den Offizieren den Weg ebnen. Schließlich habe die Forderung, daß die verurteilten Offiziere von der Abfertigung wie gewöhnliche Verbrecher ins Exil geschickt werden, abgelehnt worden, wobei Blut gemacht und die Zahl der Gegner der Regierung erhöht.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Empfänge beim Reichspräsidenten.  
Der Reichspräsident empfing den Königlich Spanischen Botschafter Soler y Guardiola, der in nächster Zeit einen längeren Urlaub antritt, ferner den von dem ägyptischen Gesandten begleiteten ersten Kammerherrn des Königs von Ägypten, Saffwan Bey, sowie den Botschafter des amerikanischen Gesandten in Europa, Vizeminister Roger Welles, dessen Flaggschiff, der Kreuzer „Memphis“, sich zurzeit in Kiel befindet. Der Admiral war vom Kapitan und den höheren Offizieren des Kreuzers sowie dem amerikanischen Geschäftsträger und dem Marineattaché begleitet.

### Eine Hofschaff Dr. Strefemanns an das Rheinland.

Nach einer Meldung der Kölnischen Zeitung empfing Reichsminister Dr. Strefemann unmittelbar vor seiner Abreise aus Genf den Vertreter der Kölnischen Zeitung, um ihm u. a. folgende Erklärung abzugeben: „Anmitten aller Arbeit, die wir hier leisten, war unser Blick unaufhörlich auf das Rheinland gerichtet. Des Rheinlandes Gedanken wir in der Stunde, als wir, von 48 Nationen begleitet, in den schmerzlichen Stunden sozialer Trauer und Eingebung an das große Vaterland beriefen hat, darf am Ausklang dieser denkwürdigen Genfer Tagung das Gefühl haben, daß ihre Treue und Hingabe unvergessen blieb und daß sie die sichere Grundlade bildet, auf der allein hier an dem Werte der deutschen Freiheit gearbeitet werden konnte.“

### Tagung des Verwaltungsrats der Reichsbahn.

Vom 20. bis 22. September hielt der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin eine laufende Tagung ab. Die Verkehrsentwicklung, zumal in letzter Zeit, hat die finanzielle Lage der Reichsbahn

etwas entspannt. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr sind besonders infolge des starken Kohlenverkehrs gestiegen, ohne freilich die vorjährige Höhe zu erreichen. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr sind nach wie vor unzureichend und bleiben erheblich hinter dem Vorjahrsstand zurück. Der Verwaltungsrat nahm den Bericht über das Eisenbahnbudget in dieser Form entgegen. Er brachte keinen Dank und keine Anerkennung allen denen zum Ausdruck, die an der Aufführung des Betriebes mitgewirkt haben. Aus Berichten über die Betriebsfähigkeit ist zu entnehmen, daß diese mindestens ebenso günstig ist wie in der Vorjahreszeit und daß ein Vergleich mit den ausländischen Bahnen in keiner Weise zu scheitern ist. Um den Verwaltungsratsmitgliedern der durch Betriebsstörungen und Verschleppungen betroffenen Landbesitzer die Anwendung von Frachtschuldungen an besonders schwer betroffenen Personen zu ermöglichen, wurde dem Reichsverkehrsminister ein Betrag von 150 000 Mark zur Verfügung gestellt.

### Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Hauptausflug des Preussischen Landtags nahm einen sozialdemokratischen Antrag an, der von der Reichsregierung eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und die Verhängung über Frachtschuldungen an besonders schwer betroffenen Personen zu ermöglichen, wurde dem Reichsverkehrsminister ein Betrag von 150 000 Mark zur Verfügung gestellt.

London. Die diplomatischen Korrespondenzen des „Daily Telegraph“ zufolge wird sich eine hohe Zahl von Flüchtlingen zwischen Chamberlain und Mussolini in Italien als so gut wie sicher betrachtet.

London. Times zufolge ist Lord Aberdeen von Berlin nach Berlin abgereist, um sich vom Reichspräsidenten von Hindenburg in Anbetracht seines Wählrechts als britischer Wähler in Berlin offiziell zu verabschieden. Er wird voraussichtlich etwas über zwei Wochen in Berlin bleiben. Der König würde sich in Mainz einer amphytheaterartigen Unterzucht. Sein Allgemeinbefinden ist, wie der ärztliche Bericht belegt, zufriedenstellend.

## Aus dem Tornadogebiet.

### Epphussepihente in Miami.

Die durch den Wirbelwind heimgesuchte Stadt Centerville ist gleich einem Trümmerhaufen. Zum Glück ist die Solarmittelschicht, zwei Wochen und die elektrischen Kraftwerke sind eingestürzt. Die Stadt ist ohne Licht.

Die „Associated Press“ meldet, wird die umfangreiche Abfederung der überlebenden Bevölkerung aus Woodhaven ermoogen, da die rasche Beseitigung der noch untergeordneten Leichen den Ausbruch einer Epidemie besitzern läßt.

Nach Nachrichten des amerikanischen Roten Kreuzes ist in Miami eine Epphussepihente ausgebrochen. Ein Flugzeug mit den notwendigen Medikamenten ist eilfertig abgegangen. — In der Marinestation von Pensacola sind bei dem letzten Wirbelsturm 35 Flugzeuge im Werte von über 1 1/2 Millionen Dollar zerstört worden.

### Der Ortsanhabern in Mexiko.

Der durch den Orkan in Yucatan Island angerichtete Schaden wird auf eine halbe Million Pfund Sterling geschätzt. Nach amtlichen Mitteilungen wurde jedoch kaum ein Schaden berichtet oder befragt. Die Schäden sind sich weit in das Binnenland ergoß, vollendete das Wert der Zerstörung. Die Salzseen sind völlig ruiniert und der Wiederaufbau der Salzindustrie wird mindestens sechs Monate in Anspruch nehmen. Die Bevölkerung flüchtet sich in die Wälder. Da auch die Ernte vernichtet ist, ist die Lebensmittelversorgung ernstlich gefährdet. Die Not der Einwohner ist um so größer, als erst vor einiger Wochen ein Orkan in Jamaica wüthete, dessen Folgen noch nicht überwunden waren. Es wurde eine Seebahnstation organisiert und die Regierung hat Arbeiter und Soldaten zum Neuen Kaiser entsandt.

## Polizei und Staatsbürger.

Ein Amerikaner hat einmal vor dem Kriege ein großes Lob auf die Polizei in Deutschland gefunden und sie in ebendiesen Gegenstand etwa zum amerikanischen Polizisten gestellt. Damals rekrutierte sich die Polizei nachhergehend aus Militärkadetten, die erst im besten Mannesalter in ihre zum Teil sehr verantwortlichen Stellen kamen. Aber damals war auch das Publikum ein anderes, stießen die Polizeibeamten nicht auf die Überländer, mit denen sie heute kämpfen zu kämpfen haben. Damals galt der Schutzmann als der höchste geachtete Träger der Staatsautorität. Dieses früher fast patriarchalische Verhältnis ist jetzt nicht mehr vorhanden.

Das Personal der Schutzpolizei ist jetzt ein anderes geworden, anders wurde aber auch das Publikum, mit dem die Schutzpolizei zu tun hat. Dazu kommen die überaus großen Schwierigkeiten, die seit sieben Jahren von der Entente gemacht werden und die unsere Schutzpolizei nicht zur Ruhe kommen lassen. Immer und immer wieder mußten Umorganisationen stattfinden, führten aber und gebühren keine Kontrolle der Polizeibeamten heranzubringen, mußten die Umstrukturierungsmaßnahmen auf Verbot der Entente geübt werden, die Zahl der Polizeibeamten übersteigt werden. Dabei sind die Anforderungen, die an die Schutzpolizei gestellt werden, nicht bloß im Inneren















# Nebrauer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal, Mittwochs und Sonnabends mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 0,85 M.

Schriftleitung: Wihl, Sauer in Nohleben.

Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Nohleben.

Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Nohleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 15 Pf.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Nebra.

Nr 77

Sonnabend, den 25. September 1926.

39. Jahrgang.

## Dr. Strefemann in Berlin.

Empfang beim Reichspräsidenten.  
Reichsstaatsminister Dr. Strefemann am Donnerstag nachmittag wieder in der Reichshauptstadt eingetroffen. Dr. Strefemann hatte gegen, von einem offiziellen Empfang am Bahnhof abzusehen, und seinen Wunsch damit begründet, daß die gesamte deutsche Delegation noch in Genf sei und daß eine persönliche Begrüßung der ersten deutschen Völkerverbunddelegation in der Heimat allen Mitgliedern gelten müsse.

Nach seiner Ankunft in Berlin hat sich Dr. Strefemann zum Reichspräsidenten begeben, dem er einen vorläufigen Bericht über die in Genf und in Döbelitz betriebene Vorkonferenz erstattete. Am Freitag wird dann Dr. Strefemann in einem großen Kabinettsrat dem Reichspräsidenten Bericht über die Völkerverbundtagung und die mit ihr verbundenen Angelegenheiten erstatten. Es ist damit zu rechnen, daß nach dem Kabinettsrat ein amtliches Kommuniqué über die Stellung des Reichspräsidenten zur Außenpolitik des Völkerverbundes veröffentlicht wird. Das Reichspräsidenten wird in den nächsten Tagen nach weitere Sitzungen abhalten, um sich mit dem Gesamtkomplex der Außenpolitik in allen Einzelheiten zu beschäftigen. Da die Regierung über die Grundlinien dieser Politik bereits durch den Staatssekretär Fischer vor einigen Tagen unterrichtet worden ist, kann man auf Grund des in politischen Kreisen verbreiteten allgemeinen Eindrucks annehmen, daß die Reichsregierung sich dem Standpunkt des Außenministers in allen Punkten anschließen und den Außenminister beauftragen wird die eingeleiteten Verhandlungen zu führen, die deutsch-französischen Ansätze beibehalten zu lassen.

Die weiteren Schritte in dieser Frage könnten allerdings erst Anfang Oktober unterzogen werden, da der Reichsaussenminister in der zweiten Hälfte der nächsten Woche an dem vorbereitenden Paritätstag in Wien teilnehmen wird. Bevor der nächste Bericht über die Ministerpräsidenten der Völkerbundstaaten in Berlin berufen werden, um sie über den Stand der gegenwärtigen außenpolitischen Lage zu unterrichten.

## Abbrüstungskonferenz September 1927?

Eine bessere Atmosphäre in Europa.

Die Völkerverbundversammlung hielt eine Volltagung ab, in der in erster Linie die Frage der Einberufung der internationalen Abrüstungskonferenz besprochen wurde. Der französische Delegierte Paul Boncour legte eine Entschließung vor, welche fordert, daß die Abrüstungskonferenz 1927 im Falle materieller Unmöglichkeit vor September 1927, also vor der 8. ordentlichen Völkerverbundversammlung, einberufen werde. Paul Boncour erinnerte an alle Bemühungen des Völkerverbundes, die Vorbereitungen für eine allgemeine Verminderung der Waffnungen zu schaffen. Diese Bemühungen müßten unermüdet fortgesetzt werden. Das Abkommen von Locarno habe den Weg dazu geebnet und eine neue bessere Atmosphäre in Europa geschaffen. Die vorbereitende Kommission habe zusammen mit der technischen Internationalen bereits wertvolle Vorarbeiten geleistet, so daß die Einberufung der Konferenz vor der nächsten Völkerverbundversammlung möglich erschiene und tatsächlich auch vorgenommen werden sollte.

Nach kurzen Ausführungen des rumänischen Vertreters wurden die Berichte und Resolutionen von der Versammlung angenommen, die im wesentlichen folgenden Inhalt haben: Die Vollversammlung hofft, daß die Abrüstungskonferenz zusammengetreten wird, sobald die politischen Umstände das gestatten. Das Datum ist von dem Völkerverbund festzusetzen. Die Frage der Abrüstung kann aber nicht auf einmal gelöst werden. Bei fortgesetzter allgemeiner Sicherheit muß auch die Abrüstung fortgeschritten. Es kann sich deswegen nicht um eine einzelne Abrüstungskonferenz handeln, sondern dieser müssen weitere folgen. Die Aufgabe der ersten Konferenz ist vor allem, für eine bestimmte Zeitspanne jede weitere Waffnung zu verbieten. Unter diesen Umständen soll die erste Abrüstungskonferenz nach Möglichkeit vor der Versammlung des Völkerverbundes im Jahre 1927 zusammengetreten, falls dies nicht aus technischen Gründen unmöglich ist.

## Ankauf der Anleihebedarfsschuld.

Vom 4. Oktober ab.

Der Reichsaussenminister wird entsprechend einem Wunsch des Konsulatschiffs des Reichslandes in den nächsten Tagen eine Bekanntmachung über den Ankauf von Anleihebedarfsschuld und Auslosungsrechten betagter Zinsen erlassen. Am Inland wohnende deutsche Staatsangehörige, die älter als 65 Jahre sind, ein Vermögen von weniger als 20 000 Mark haben und im Kalenderjahr 1925 ein Einkommen von weniger als 8000 Mark hatten, können die Anleihebedarfsschuld und die Auslosungsrechte, die sie als Altbesitzer von Markanleihen des Reichs zugeteilt bekommen haben, bei den Finanzämtern verkaufen. Der Kaufpreis beträgt 40 Mark für je 1250 Mark Nennbetrag der Anleihebedarfsschuld einschließlich der Auslosungsrechte und hiermit über den Vorkauf, die

zurzeit im freien Verkehr der Börse für die Auslosungsrechte genannt werden. Er entspricht einem Satz von 8 % des Nennbetrages der alten Markanleihen, für die die Auslosungsrechte ausgegeben werden. Der Höchstnennbetrag der Auslosungsrechte, den ein einzelner Gläubiger zu diesem Kauf an das Reich verkaufen kann, ist 500 Mark; dies entspricht 20 000 Mark Nennbetrag der alten Anleihen. Der Ankauf wird vom 4. Oktober d. J. an durch die Finanzämter vorgenommen. Die Anleihegläubiger, die ihre Anleihebedarfsschuld und ihre Auslosungsrechte verkaufen wollen, müssen sich zunächst bei der Polizeibehörde eine Bescheinigung über ihre freie Verfügungsgewalt und ihren inländischen Wohnsitz beschaffen. Auf Grund einer solchen Bescheinigung können sie den Verkaufsantrag bei dem Finanzamt, das für ihre Einkommenssteuer zuständig ist, stellen.

Der Verkauf der Anleihebedarfsschuld und der Auslosungsrechte empfiehlt sich vor allem für die Personen, die ein Einkommen von mehr als 800 Mark haben. Für die übrigen dürfte es zweckmäßiger sein, die Anleihebedarfsschuld und die Auslosungsrechte zu behalten, weil sie im Falle der Bedürftigkeit im Sinne des Anleihebedarfsgesetzes einen Anspruch auf eine laufende Vorzugsrente haben, deren Betrag für sie vorteilhafter ist als der Verkauf.

## Ende der Diktatur in Spanien?

Der Konflikt mit den Artillerieoffizieren.

Die „Chicago Tribune“ meldet aus Madrid, daß in den letzten Tagen ein großer Fortschritt bezüglich der Bildung einer neuen spanischen Regierung und einer Neuorientierung der spanischen Außenpolitik gemacht sei. Spanien würde bald seinen alten Platz unter den Nationen wieder einnehmen. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und dem König in San Sebastian sind in aller Stille vor sich gegangen und General Primo de Rivera ist plötzlich wieder nach Madrid zurückgekehrt. Aus verschiedenen Gründen sei anzunehmen, daß sich eine völlige Wiederkehr vollziehen und daß noch vor Beginn eines Jahres ein „Pact of Peace“ abgeschlossen sein werde. Es ist zu erwarten, daß der König eine Unterredung mit dem früheren Minister Sanchez Guerra hatte, dem einzigen Mann, der es gewagt hat, in seiner Opposition gegen den Diktator zu beharren, sei bezweckelt. Man wisse zwar nicht genau, was in dieser Unterredung gesprochen worden ist, aber es sei wahrscheinlich, daß der König den früheren Minister um seine Mitarbeit ersucht hat.

Der „Matin“ erzählt aus Saragossa, daß der Konflikt zwischen der spanischen Regierung und den Artillerieoffizieren noch nicht gelöst sei. Die Regierung möchte die Offiziere, die nicht aktiv an der Aufstandsbewegung teilgenommen haben, in ihrem Offiziersgrad bestätigen, doch seien diese durch einen Eid mit ihren verfolgten Kameraden solidarisch verbunden. Eine allgemeine Amnestie würde dem Ansehen der Regierung schaden. Schließlich habe die Forderung, daß die verurteilten Offiziere von der Zivilgarde zum öffentlichen Verkehr ins Gefängnis abgeführt wurden, böses Blut gemacht und die Zahl der Gegner der Regierung erhöht.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Empfänge beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident empfing den Königlich Spanischen Botschafter Soler y Guardiola, der in nächster Zeit einen längeren Urlaub antritt, ferner den von dem ägyptischen Gesandten begleiteten ersten Kammerherrn des Königs von Ägypten, Hassanien Bey, sowie den Reichsstatthalter des amerikanischen Gesandten in Europa, Viceadmiral Roger Welles, dessen Finanzoffizier der Kreuzer „Memphis“, sich zurzeit in Kiel befindet. Der Admiral war vom Kapitän und den höheren Offizieren des Kreuzers sowie dem amerikanischen Geschäftsträger und dem Marineattaché begleitet.

Eine Botschaft Dr. Strefemanns an das Rheinland.

Nach einer Meldung der Kölnischen Zeitung empfing Reichsminister Dr. Strefemann unmittelbar vor seiner Abreise aus Genf den Vertreter der Kölnischen Zeitung, um ihm u. a. folgende Botschaft abzugeben: „Inmitten aller Arbeit, die wir hier leisten, war unser Blick unaufhörlich auf das Rheinland gerichtet. Des Rheinlandes gedachte wir in der Stunde, als wir, von 45 Nationen begrüßt, in den Saal der Völkerverbundversammlung eintraten. Dem Rheinland gehörte auch unser Denken in den Besprechungen von Thoiry, auf deren große Bedeutung für die Zukunft des deutschen Rheinlandes ich hier wohl nicht mehr eingehen brauche. Die rheinische Bevölkerung, die in den schwersten Stunden sozialer Trauer und Abgang an des große Vaterland bewiesen hat, darf am Ausklang dieser denkwürdigen Genfer Tagung das Gefühl haben, daß ihre Treue und Hingabe unvergessen blieb und daß sie die sichere Grundlage bildet, auf der allein hier an dem Werke der deutschen Freiheit gearbeitet werden konnte.“

Tagung des Verwaltungsrats der Reichsbahn.

Vom 20. bis 22. September hielt der Verwaltungsrat des deutschen Reichsbahnverkehrs in Berlin eine laufende Tagung ab. Die Verkehrsverwaltung, zumal in letzter Zeit, hat die finanzielle Lage der Reichsbahn

einmal entpannt. Die Entnahmen aus dem Güterverkehr sind besonders infolge des starken Kohlenverkehrs gestiegen, ohne freilich die vorjährige Höhe zu erreichen. Die Entnahmen aus dem Fernverkehr sind nach wie vor unbeschränkt und bleiben erheblich hinter dem Vorkriegsstand zurück. Der Verwaltungsrat nahm den Bericht über das Eisenbahnbudget in Leipzig entgegen. Er brachte seinen Dank und seine Anerkennung allen denen zum Ausdruck, die an der Durchführung des Verkehrs mitgewirkt haben. Sein Bericht über die Betriebswirtschaft ist zu entnehmen, daß diese mindestens ebenso günstig ist wie in der Vorkriegszeit und daß ein Vergleich mit den ausländischen Bahnen in keiner Weise zu scheuen ist. Um den Verwaltungsbehörden der durch Wetterfäden und Überschwemmungen betroffenen Randgebiete die Zuwendung von Frachterleichterungen an besonders schwer betroffenen Personen zu ermöglichen, wurde dem Reichsverkehrsminister ein Betrag von 150 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Ins In- und Ausland.

Berlin. Der Staatssekretär des Preussischen Landtags nahm einen sozialdemokratischen Antrag an, der von der Reichsregierung eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und die Verlängerung ihrer Dauer verlangt.

Paris. Nach einer Sanitätsmeldung aus Wien hat Ministerpräsident General Knollys dem Präsidenten der Republik Admiral Konradovich, seine Demission überreicht. Seine Regierung wird bis zum nächsten Monat bleiben.

London. Dem diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ zufolge wird jetzt eine baldige Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Mussolini in Italien als so gut wie sicher betrachtet.

London. Als Minister ist Lord Balfour von London nach Berlin abgereist, um sich dem Reichspräsidenten von der Einberufung eines Ministerrats als britischer Reichsminister in Berlin offiziell zu verabschieden. Er wird voraussichtlich etwas über zwei Wochen in Berlin bleiben.

Buenos Aires. Der König wurde hier in einem einer Art militärischen Operation unterzogen. Sein Allgemeinbefinden ist, wie der ärztliche Bericht besagt, zufriedenstellend.

## Aus dem Tornadogebiet.

Zyphusepidemie in Miami.

Die durch den Wirbelwind heimgeleitete Stadt Cernacion gleicht einem Trümmerhaufen. Inveredung ist die Cholera-epidemie, zwei Banken und die elektrischen Kraftwerke sind eingeschlagen. Die Stadt ist ohne Licht.

Die „Associated Press“ meldet, wird die zwangsweise Abwanderung der überlebenden Bevölkerung aus Moorhainen erzwungen, da die rasche Verbreitung der noch ungebrochenen Zeichen den Ausbruch einer Epidemie befürchten läßt.

Nach Nachrichten des amerikanischen Roten Kreuzes ist in Miami eine Zyphusepidemie ausgebrochen. Ein Fotozoo mit den naheliegenden Wohnkomplexen von Gattuso ist zurzeit in einem Zustand der Verwüstung.

Die Bevölkerung ist durch die Epidemie gefährdet. Die erst vor einigen Tagen von der Bevölkerung abgetrennten Häuser sind jetzt wieder besetzt. Die Bevölkerung ist durch die Epidemie gefährdet. Die erst vor einigen Tagen von der Bevölkerung abgetrennten Häuser sind jetzt wieder besetzt. Die Bevölkerung ist durch die Epidemie gefährdet. Die erst vor einigen Tagen von der Bevölkerung abgetrennten Häuser sind jetzt wieder besetzt.

## Bürger.

Der Friede einsehend gelungen in amerikanischen sich die Polizei die erst im besten vorläufigen Ziel, das Publikum nicht auf die Kämpfe haben, anders geachtete Träger der Staatsautorität. Dieses frühere fast patriarchalische Verhältnis ist jetzt nicht mehr vorhanden.

Das Personal der Schutzpolizei ist jetzt ein anderes geworden, anders wurde aber auch das Publikum, mit dem die Schutzpolizei zu tun hat. Dazu kommen die überaus großen Schwierigkeiten, die jetzt haben. Neben der Entente gemacht werden und die unsere Schutzpolizei nicht zur Ruhe kommen lassen. Immer und immer wieder die mühen Umorganisationen stattfinden, überleben offene und geheime fremde Kontrolleure, die Schutzpolizei herum, müssen die Ausübungsvorschriften auf Befehl der Entente geändert, die Zahl der Schutzbeamten herabgesetzt werden. Dabei sind die Anforderungen, die an die Schutzleute gestellt werden, nicht bloß im Innern